

Stellungnahme der Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. zum „Entwurf für die Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes“

Die Robert-Havemann-Gesellschaft konzentriert sich in ihrer Stellungnahme auf einzelne Aspekte der Erinnerung an die SBZ und DDR. Eine grundsätzliche Anmerkung, die auch den NS-Bereich betrifft, soll jedoch vorausgeschickt werden.

Das Gedenkstättenkonzept stellt in seinem Vorwort und in den Grundsätzen zu Recht die Erinnerung an Unrecht und Leid sowie das Gedenken an die Opfer der Diktatur in den Mittelpunkt. Allerdings wirkt sich die Beschränkung in den Grundsätzen nachteilig aus. Die eingengegte Linie der Erinnerungspolitik schlägt sich im vorliegenden Entwurf auch im Schlusswort und dem Kriterienkatalog für die Projektförderung von Gedenkstätten und Erinnerungsorten nieder.

Um die Ursachen und das Funktionieren der beiden Diktaturen zu analysieren, dürfen nicht nur die Täter und die Folgen ihrer Verbrechen beleuchtet werden. Es ist notwendig, darüber hinaus andere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und Wandels zu untersuchen. Dazu gehören die Diktaturgegner, deren Versuche die Etablierung der jeweiligen Diktaturen zu verhindern, ihr Scheitern und ihre Erfolge. Es geht dabei nicht allein um die Würdigung von humaner Gesinnung, Unrechtsbewusstsein, Demokratieverständnis, Mut oder Zivilcourage. Die Auseinandersetzung und Darstellung mit dem Widerstand in einer Diktatur, seiner Existenz bzw. Abwesenheit, seinen Möglichkeiten und Grenzen oder seinen Motiven und Zielen, kann einen wichtigen Beitrag leisten, um das Bewusstsein für den Wert einer freiheitlichen Demokratie zu stärken. Nicht zuletzt geht es darum, die heutigen und zukünftigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen so zu gestalten, dass sie uns vor weiteren Diktaturen bewahren.

Zum Geschichtsverbund SED-Unrecht

Der Begriff „SED-Unrecht“ beschreibt die Verhältnisse im Osten Deutschlands nicht angemessen. Sie sind treffender und grundsätzlicher mit „kommunistischer Diktatur“ bezeichnet.

Die Aufgaben der BStU bestehen weiter fort. Wann diese erfüllt sind, ist derzeit nicht einzuschätzen. Es gibt viele Gründe, die Arbeit der Behörde zu verbessern oder anders zu organisieren, aber zurzeit keinen, die Institution in Frage zu stellen. Die BStU ist eine der wichtigsten Institutionen der Aufarbeitung der SED-Diktatur und genießt auch international große Anerkennung. Ihre Arbeit spielt in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung bis heute eine wichtige Rolle. Sich zum jetzigen Zeitpunkt auf ein Datum festzulegen, an dem die Institution aufgelöst wird, ist ein falsches Signal.

Der Streit um die BStU ist in weiten Teilen ein Streit um die Stasi-Akten und um die Verteilung von Geldmitteln. Der Zugang zu den Akten des Staatsapparates der DDR, besonders zu den Akten des MfS, ist ein Ergebnis der Revolution und darf in keiner Weise in Frage gestellt werden. Es geht seit 1989/90 um die Aufklärung darüber, wie die DDR in all ihren Facetten funktioniert hat und darum, den Opfern der Diktatur ihr Leben in ihre eigenen Hände zurück und Aufklärung über ihr Schicksal zu geben. Wir kennen bisher keine Argumente, die belegen, dass andere Institutionen diese Aufgaben besser erledigen könnten.

Bei zukünftigen Entscheidungen über die Stasi-Akten muss auf jeden Fall berücksichtigt werden, dass der Zugang zu den Akten nicht verschlechtert wird. Außerdem müssen die Würde und die Rechte der Opfer gewahrt werden. Eine Forderung von 1989 lautete nicht „Allen alle Akten“ sondern „Jedem seine Akte“. Schließlich ist es zwingend notwendig, die Akten als geschlossenen Bestand in der Obhut des Bundes zu belassen. Unbedingt sollte eine unkontrollierte Kassation verhindert werden. Eine Aufteilung auf verschiedene Archive birgt zudem die Gefahren von aufwendiger Antragsstellung und komplizierten Einsichtsverfahren. Unterschiedliche Zugangsmöglichkeiten könnten die Folge differenter Archivgesetze in den einzelnen Bundesländern sein. Letztere könnten aus politischen Motiven so gestaltet werden, dass sie den Aktenzugang einschränken.

Eine bloße Ermunterung, welche an die im Entwurf als „Bürgerarchive“ bezeichneten Einrichtungen gerichtet ist, geht an der Bedeutung der dort zusammengetragenen Dokumente vorbei und könnte an der oben beschriebenen grundsätzlichen Beschränkung des Gedenkstättenkonzeptes liegen. Sie ist zudem überflüssig. Die empfohlene Sachkompetenz der staatlichen Archive wird von den Bürgerarchiven gesucht und Kooperationen praktiziert, soweit das die Handlungsspielräume der staatlichen Archive zulassen. Um die Arbeit der Bürgerarchive weiterhin zu ermöglichen, ist eine gesicherte längerfristige Finanzierung nötig.

Die Möglichkeiten der Robert-Havemann-Gesellschaft, sich ausschließlich über Projektmittel zu finanzieren, sind ausgeschöpft. Die Einrichtung kann ihre Arbeit in absehbarer Zeit auf dieser Grundlage nicht mehr tragen. Die im Gedenkstättenkonzept angedeutete vage Möglichkeit einer zukünftigen institutionellen Förderung durch die Stiftung Aufarbeitung nach längeren Entscheidungsprozessen würde eventuell rechtzeitig kommen, um die ‚Beerdigungskosten‘ zu übernehmen. Hier ist die Entscheidung gefordert, Institutionen aus dem Bereich „Bürgerarchive“ in die direkte institutionelle Förderung des BKM aufzunehmen, ähnlich den unter Punkt c) genannten Einrichtungen.

Schließlich sei darauf hingewiesen, dass, anders als im vorliegenden Konzeptentwurf dargestellt, die zu DDR-Zeiten in der Friedens-, Umwelt- und Bürgerbewegung entstandenen Dokumente damals zu rein politischen Zwecken gesammelt wurden; und dies an verschiedenen Orten und entsprechend lückenhaft. An eine Sammlung nach archivarischen Gesichtspunkten oder anderen Regeln war nicht zu denken. Das Zusammentragen, Archivieren und Bewahren ist eine gegenwärtige Aufgabe.

Widerstand gegen die kommunistische Diktatur gab es über die ganze Zeit der SBZ/DDR. Die Robert-Havemann-Gesellschaft begrüßt die Pläne dies im öffentlichen Raum ebenso zu würdigen wie in einer Berliner Dauerausstellung. Allerdings ist der ehemalige Mielke-Sitz in der Normannenstraße nicht der geeignete Ausstellungsort. Das Haus 1 ist, anders als im vorliegenden Entwurf benannt, kein authentischer Ort des Widerstandes. Eine Ausstellung zu „Opposition und Widerstand im Alltag einer Diktatur“ wäre besser an einem Ort wie der Kulturbrauerei im Prenzlauer Berg untergebracht.

Berlin, den 18.09.07

Für die Robert-Havemann-Gesellschaft

Dr. Olaf Weißbach
(Geschäftsführer)

Tom Sello